

Bericht aus Forum 3

Wie meistern wir die Herausforderungen der demographischen Entwicklung?

Den demographischen Wandel akzeptieren und die Herausforderung aktiv gestalten – in diesem Punkt waren sich alle Diskutierenden auf dem Podium einig. Moderiert vom stellvertretenden Chefredakteur der Wirtschaftswoche, Kai Peter Rath, debattierten Wissenschaftler und Politiker über Strategien und die Wahrnehmung des demographischen Wandels in unserer Gesellschaft.

Professor Axel Börsch-Supan, Direktor des Forschungsinstituts Ökonomie und Demographischer Wandel, nannte es „grundfalsch“, das Thema Demographie als etwas Negatives zu sehen. Vielmehr seien die Ursachen des demographischen Wandels Positivbotschaften: Zum einen lebten die Menschen länger und zum anderen habe sich die Gleichstellung von Mann und Frau erheblich verbessert – allerdings mit der Folge, dass mehr Frauen einer Arbeit nachgingen und im Gegenzug weniger Kinder bekämen.

Das Problem sei nicht der demographische Wandel an sich, sondern der Mangel an Anpassungsfähigkeit. Vor allem müsse das Altersbild adaptiert werden. In den Köpfen der Deutschen habe sich seit rund fünfzig Jahren das Bild der „Alten“, also der Menschen jenseits von 65 Jahren, festgesetzt. Dies entspreche aber schon lange nicht mehr der Realität. Die heute 70-Jährigen seien so fit wie 60-Jährige im Jahr 1950, versicherte Börsch-Supan.

Der saarländische Ministerpräsident, Peter Müller, mahnte gleich zu Beginn, die Frage des demographischen Wandels nicht auf das Thema Soziale Sicherung zu verengen. Das Altern und Schrumpfen der Bevölkerung betreffe auch die Infrastruktur und das Zusammenleben der Menschen. Zudem müsse zwischen kurz- und mittelfristigen sowie langfristigen Folgen unterschieden werden.

In den kommenden Jahren sei es nicht möglich, das Schrumpfen und Altern zu verhindern. Infolge dessen müsse der Generationen-Vertrag neu definiert und auf eine neue Grundlage gestellt werden. Vor allem der Anteil der Eigenvorsorge und die Kapitaldeckung in der Sozialversicherung müssten steigen. Bei der Pflegeversicherung sei es ein richtiger und wichtiger Schritt gewesen, die Beiträge für die Nicht-Erziehenden zu erhöhen. Ebenfalls ein richtiger Weg zu mehr Generationengerechtigkeit sei eine stärkere Steuerfinanzierung in der sozialen Sicherung und ein Abbau der Verschuldung. Eine höhere Geburtenrate sei notwendig, da mit Migration die Probleme nicht gelöst werden könnten. Zugleich müsse Deutschland für qualifizierte Arbeitskräfte attraktiver werden, forderte der Ministerpräsident.

Dass der Wunsch nach Kindern bei den Deutschen vorhanden sei, betonte die hessische Kultusministerin Karin Wolff. Allerdings werde dieser Wunsch von Unsicherheiten überlagert. Dringend erforderlich sei deshalb, dass die Menschen zuversichtlicher werden. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist laut Wolff Bildung und Ausbildung. Deutschland könne es sich nicht erlauben, dass in den Schulen ein Viertel der Kinder zu „Risikokindern“ werden. Dies gelte sowohl für deutsche Kinder als auch für Zuwandererkinder. Der beste Schutz vor einer Zukunft als Transferempfängern sei es, die Begabungen aller Kinder und Jugendlichen zu fördern. Die Ministerin rief Unternehmer dazu auf, über den Eigenbedarf hinaus auszubilden.

„Priorität für Eltern“ sei nach Ansicht von Professor Herwig Birg von der Universität Bielefeld das Gebot der Stunde. Dies müsse vor allem auch auf dem Arbeitsmarkt gelten, wo Frauen und Männer mit Kindern Vorrang vor Kinderlosen eingeräumt werden müsse. Nach Birg gibt es einen Generationenkonflikt, da immer weniger junge Menschen die Rente für immer mehr ältere Menschen aufbringen müssten. Erschwert werde die Lage dadurch, dass heute fast 60 Prozent der Jugendlichen die Schule nur noch mit Hauptschulabschluss oder ganz ohne Schulabschluss verließen. Die Gefahr sei eine sich immer weiter spaltende Gesellschaft innerhalb der Generationen. Die Trennungslinien verliefen unter anderem zwischen Eltern

und Kinderlosen, zwischen Qualifizierten und Geringqualifizierten sowie zwischen denen, die selbst für sich sorgen könnten und denen, die das nicht könnten oder wollten.

Philipp Mißfelder, Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands, dass es heute schwieriger falle, junge Menschen als Wähler zu gewinnen seien. Schließlich gebe es allein schon zahlenmäßig weniger Jungwähler. Zudem seien sie politisch weniger festgelegt als vielleicht in früheren Jahren. Gleichwohl sei der demographische Wandel für Volksparteien wie die CDU eine Chance, um sich möglichst breit aufzustellen, unterschiedliche Wählerschichten anzusprechen und für sich zu gewinnen.